

Auswandern oder fliehen bedeutet einstecken und auf Unsicherheit reagieren müssen. Fluchtrouten sind durch die europäische Abschottungspolitik gefährlich, oft tödlich. Hier angekommen endet die Hoffnung auf eine Zukunft für viele Menschen mit einer Zwangsausschaffung dorthin zurück, wo sie gehen mussten oder wollten. Die Möglichkeit, ein Bleiberecht zu erhalten, ist in diesem rassistischen Land schwierig. Ausschaffungen sind eine extreme Form staatlicher, menschenfeindlicher Gewalt.

Ausschaffungen abschaffen

Im Vergleich zu "Schweizer_innen" werden "Migrant_innen" herabgesetzt. Für die gleiche Arbeit verdienen Menschen ohne schweizer Pass durchschnittlich weniger. In Berufen mit niedrigen Löhnen und belastenden Arbeitsbedingungen sind sie überrepräsentiert. „Migrant_innen“ haben mehr Mühe eine Wohnung zu finden. Sie wohnen durchschnittlich auf kleinerer Fläche, zu schlechteren Bedingungen. Wenn ein Quartier „aufgewertet“ wird, sind „Migrant_innen“ meist die ersten Verdrängten. Auch im Bildungs- und Gesundheitssystem sind sie schlechter gestellt.

Rassistische Ausbeutung und Ungleichheit überwinden

Wenn Polizist_innen Menschen im öffentlichen Raum als ethnisch oder religiös «anders» wahrnehmen, so kommt es systematisch zu Diskriminierungen. Schwarze Menschen und People of Color sind überdurchschnittlich von Personenkontrollen und Polizeigewalt betroffen. Dass die Polizeigewalt nicht farbenblind ist, zeigt der tragische Tod von Hervé. Die Polizei hat ihn in Bex (VD) niedergeschossen. Racial Profiling ist eine von oben geförderte Arbeitsweise der Polizei. Sie ist nicht das Fehlverhalten einzelner Polizist_innen, sondern durchdringt staatliche Institutionen und die Politik.

Racial Profiling stoppen

Die Masseneinwanderungsinitiative hat das Diskriminieren von "Migrant_innen" in der Verfassung verankert. So genannte Inländer_innen werden auf dem Arbeitsmarkt systematisch privilegiert. Dieser Rassismus des „Inländervorrangs“ wird heute kaum in Frage gestellt. Stattdessen wird er den so genannten Inländer_innen als Schutz vor den negativen Folgen des Kapitalismus vorgestellt. Doch um die Konkurrenz schürenden und krankmachenden Aspekte des Arbeitsmarktes abzuschaffen, muss gegen die Logik des Wettbewerbs und des Gewinns vorgegangen werden und nicht gegen migrierende Menschen.

Inländer_innenvorrang abschaffen, Arbeiter_innenrechte stärken



Flucht und Migration nehmen zu, doch flüchtende und migrierende Menschen stossen auf zunehmend geschlossene Grenzen. An der Landesgrenze setzt die Schweiz Drohnen und die Armee ein. Sie investiert jährlich Millionen in Frontex und die Militarisierung der EU-Aussengrenze. Aufgrund dieser Grenzen sterben unzählige Menschen im Mittelmeer, (er-)frieren auf der Balkanroute oder stranden in Como.

Fluchtwege sichern, Grenzen öffnen

Gemäss dem Dublinsystem kann die Schweiz geflüchtete Menschen systematisch in europäische Staaten abschieben. Sie muss nur aufzeigen, dass die Menschen durch diese Länder reisten, als sie die Festung Europa betraten. In Staaten wie beispielsweise Italien oder Ungarn ist das Asylrecht jedoch nicht gesichert und viele landen auf der Strasse. Die Schweiz ist aufgrund des „Selbsteintrittsrechts“ jedoch frei, auf Dublinabschiebungen zu verzichten. Jede Ausschaffung ist eine zu viel.

Dublinsystem abschaffen, Bewegungsfreiheit und Bleibefreiheit für alle

Geflüchtete Menschen müssen in der Schweiz in Lager leben. Lager sind keine Willkommensorte. Es sind Orte des Rassismus. Sie sind nötig um hier angekommene Geflüchtete effizient zu verwalten, sie rasch abzulehnen und effektiv auszuschaffen. Noch ankommende Menschen sollen sie abschrecken. In Lagern bestimmen Entmündigung, Disziplinierung und Isolation den Alltag.

Lager schliessen

Die Schweiz ist europaweit eine Vorreiterin des Rechts-populismus. Nirgendwo sonst sassen extreme rechte oder faschistische Parteien so früh in den Regierungen und Parlamenten, lancierten rassistische Volksinitiativen, über die ständig gesprochen wird und die seit einigen Jahren salonfähig sind. Diese lange Tradition wäre nicht möglich, wenn der offene Rassismus des Rechtspopulismus nicht auf dem stilleren Rassismus der Mitte und der Institutionen aufbauen könnte. Die rassistische Hetze gegen Muslim_innen während der Abstimmungskampagne über erleichterte Einbürgerungen ist davon das jüngste Beispiel.

Antirassistischen und antifaschistischen Widerstand stärken